

Selbstverständlich soll die Jugend ihren Finger auf unsere Fehler legen. Aber wenn wir versäumen, ihr die Grenzen solcher Unmutsäußerungen zu vermitteln, machen wir sie unfähig, miteinander leben zu können.

Richard von Weizsäcker

Politik aus Lebensgefühl

Die Grünen sind innerhalb von wenigen Jahren zu einer erfolgreichen Partei geworden. Ihr wachsendes Gewicht wird durch jede Kommunalwahl und jede regionale oder bundesweite Umfrage bestätigt.

Spätestens seitdem deutlich geworden ist, daß Stimmen für die Grünen nicht nur zu Lasten der Sozialdemokraten gehen, sondern in größerem Umfang auch von den Unionsparteien (stärker von der CDU, in noch geringem Umfang von der CSU) abgezogen werden (können), ist auch nicht mehr auszuschließen, daß die Grünen nach einer nächsten Bundestagswahl auch *koalitionspolitisch* ins Gewicht fallen. Die Unionsparteien können trotz geringer Aussicht der Sozialdemokraten, in absehbarer Zeit Mehrheitspartei zu werden, keineswegs mehr sicher sein, für sich oder zusammen mit der FDP eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen.

Anlaß zu Protest gibt es genug

Der Aufstieg der Grünen hat viele überrascht und manche zu selbstsichere Prognose über das Kommen und Gehen von Splitterparteien über den Haufen geworfen. Wenn sich eine Partei mit ungewohnten Methoden und in mancher Beziehung noch durchwegs unklaren Zielen bei großer innerer Zerstrittenheit so nachhaltig behauptet, daß sie das gesamte Parteiengefüge durch Verunsicherung in Bewegung bringt, muß sich im politischen Weichbild der Gesellschaft etwas verändert haben. Aber *was* sich verändert hat, ist so leicht nicht auszumachen.

Eine Erklärung, nicht täglich zu lesen, aber doch immer wieder zu hören, ist, daß das *politische Protestpotential* in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zugenommen hat und daß die Grünen zum „natürlichen“ Träger, ja zum Hoffnungsträger dieses Potentials geworden sind. Gründe gibt es für beides. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bejaht die mit dem Grundgesetz getroffenen politischen Grundentscheidungen. Es gibt trotz vielerlei Gejammers in der Bundesrepublik *keine nennens-*

werte Staatsverdrossenheit und in der Breite der Bevölkerung auch keine grundsätzliche Distanzierung vom sozial domestizierten marktwirtschaftlichen Ordnungsdenken. Es gibt auch keine auch nur in größeren Minderheiten konsensfähige Gegenideologie, die Staats- und Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben oder auch nur die sozial-politische Stabilität des Landes beschädigen könnte. *Aber* es gibt genügend Zonen des politischen Lebens, wo *Unzufriedenheit und Mißtrauen* im Wachsen sind. Die Distanz zu den die Politik der Bundesrepublik bisher tragenden Parteien ist größer, die Wählerschaft unruhiger geworden. Mehr Wähler sind eher zum Wechsel bereit, finden aber keine der bisher gewählten Parteien attraktiv, gerade weil Volksparteien wenig Profil zeigen und um so leichter gegeneinander austauschbar sind. Das Gefühl, das Land sei bürokratisch erstarrt, hat ebenso zugenommen wie die Meinung, Regierungen zeigten sich immer weniger handlungsfähig. Auf jeden Fall wächst die Entfernung zwischen Politiker und Bürger. *Hoffnungen*, die Bundesrepublik auf sozialliberalem Wege demokratisch fortzuschreiben und sozial- und rechtsstaatlich zu revolutionieren, wurden durch die wirtschaftliche Rezession und den u. a. damit verbundenen Niedergang der SPD enttäuscht. Sie ist heute kein Hoffnungsträger, sondern auf den Status einer strukturellen Minderheitspartei zurückgefallen, die es schwer hat, ihre sehr heterogen gewordenen Wählerpotentiale in sich zu integrieren.

Die gegenwärtigen Koalitionsparteien regieren das Land, jedenfalls nach der Meinung ihrer intellektuellen Kritiker, nicht nur glanz-, sondern stil- und im Blick auf mittlere und längere Fristen konzeptionslos. Der Abbau von Staatsverschuldung, zunehmendes Wachstum und die fast auf Null gebrachte Inflationsrate machen, obwohl klassischer Ausdruck erfolgreichen Regierens, auf protestgeneigte Bürger und Wähler, jüngere zumal, wenig Eindruck. Jedenfalls solange sich keine beschäftigungspolitischen und wenig meßbare umweltpolitische Erfolge vorweisen lassen. Und die Regierung selbst, nunmehr seit

Monaten von Affäre zu Affäre torkelnd, bietet ein Bild, das sie zum Gespött von Freund und Gegner macht.

... aber keine klassische Protestpartei

Grund also genug für eine Protestpartei zu reüssieren. Zumal es auch wirtschaftlich Unzufriedene in größerer Zahl gibt und die anhaltende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Reduzierung von Sozialleistungen so manchen, und zwar nicht nur traditionelle Unterschichtangehörige, an den Rand des Existenzminimums treibt (vgl. HK, Oktober 1984, 457–463).

Tatsächlich sind denn auch *Arbeitslose*, vor allem jugendliche Arbeitslose, unter den Grünen-Wählern eindeutig überrepräsentiert. Und der bayerische Ministerpräsident weiß schon, warum er mit der Agrarpolitik der Bundesregierung – in Brüssel und in Bonn – unzufrieden ist. Auch in der CDU hat sich inzwischen herumgesprochen, daß mehr und mehr Bauern die Grünen, von der politischen Machart her sicher nicht erste Wahl, nicht mehr unsympathisch finden. Zutreffend ist auch, daß die Grünen Themen aufgegriffen haben, die gerade Bundesbürgern unter die Haut gehen und an denen sich Protest hervorragend artikulieren läßt.

Das Thema Nachrüstung hat *Friedensbewegung* und Grüne zusammengeführt. Über den Irrsinn der sich weiter drehenden Rüstungsspirale machen sich viele Gedanken, ohne eine Lösung in Sicht zu bekommen. Um so mehr steigt die Neigung, sich einer Formation anzuvertrauen, die mehr den Feind im eigenen Lager sieht und zu „pazifistischen“ Vorleistungen gegenüber dem gegnerischen Bündnis oder gar zur Aufkündigung des eigenen bereit ist. Die niemanden mehr gleichgültig lassende, den täglichen Nachrichtenstrom beherrschende Diskussion um die *Umweltschädigung* hat in dem wie eine Epidemie über uns gekommenen Waldsterben endgültig das politische Terrain gefunden, auf dem jede demokratische Regierung, und wäre sie noch soviel „geistiger“ Führung fähig, da auf langwierige Abwägung und Konsensbildung angewiesen, nur schlecht dastehen kann. Was also liegt, zumal alle Parteien verdächtigt sind, die Übel nicht rechtzeitig erkannt, geschweige denn bekämpft zu haben, näher, als sich einer *neuen*, mit weniger konventionellen Methoden Politik treibenden Bewegung anzuvertrauen, auch wenn diese oder Teile von ihr, was viele ihrer Sympathisanten gerade nicht wollen, der Marktwirtschaft abschwört, weil sie darin keine mögliche Lösung ökologischer Probleme erkennt, und sich in Stil und Verfahren auf „Radikalopposition“ festlegt.

Linkes und Rechtes hält sich die Waage

Doch trotz der – inzwischen wohl nur noch teilweisen – Selbstfestlegung auf Protest sind die Grünen weder als Bewegung noch als Wählerschaft in den Kategorien der klassischen Protestpartei zu fassen. Und obwohl Umwelt ihr eigentlicher Gegenstand von Politik ist, wäre es auch falsch, sie einfach als Umweltpartei zu bezeichnen. Denn

was sie prägt, sind weniger die politischen Themen als das *Politikverständnis* und der *politische Stil*.

Eine stärker werdende Grundstimmung gegen die „etablierten“ Parteien hilft ihnen, Sympathien zu sammeln und über die inneren Widersprüche hinwegzukommen. Die größer gewordenen Protestpotentiale, so heterogen sie in sich sind, erleichtern den *Durchbruch als Alternative*. Und die Umweltbedrohung erlaubt die Formulierung politischer Themen und Zielvorstellungen, von denen sich die gesamte Bevölkerung angesprochen fühlt, deren „Realisierung“ aber viele den „klassischen“ Parteien nicht zutrauen, jedenfalls nicht ohne massiven Druck von außen. Aber abgesehen davon, daß die Grünen umweltpolitisch so überzeugend gar nicht wirken (Kohle- statt Kernkraftwerke, die „Schließung“ von Mülldeponien, die Verhinderung des Baus von Umgehungsstraßen sind samt und sonders keine umweltfreundlichen Maßnahmen) und das Ökologie-Thema allein keine Partei über längere Zeit tragen kann, macht Ökologiepolitik nicht die Substanz und nicht das eigentlich Neue dieser Partei aus.

Und schließlich: die Grünen sind entgegen ihrer Selbsteinschätzung und dem Urteil ihrer Gegner auch *keine klassische Linkspartei*. Eher halten sich bei ihnen linke und rechte Ideen die Waage.

Dem widerspricht nicht, daß sich die Mehrheit der Grünen selbst als links von der SPD einstuft. Viele von den Grünen vertretenen Sachanliegen sind durchaus konservativer Natur, jedenfalls verhalten sich Grüne Teilen der Wirklichkeit gegenüber ausgesprochen *wertkonservativ*: Naturnähe, vielfach verbunden mit Fortschrittspessimismus, ist nur ein solcher Punkt. Es kommen andere hinzu: ein neues Heimatgefühl zum Beispiel.

Aber auch in ihrem Stil, ihren politischen Methoden und in ihrem *Verhalten gegenüber politisch-parlamentarischen Verfahren* lassen sie sich nicht einfach als Linke im klassischen Sinn einordnen, es sei denn, man betrachte Fundamentalopposition, Annäherung an Formen direkter Demokratie und geschärftes Mißtrauen gegen parlamentarische Repräsentation, das Schwanken zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition als schlechthin linke Verhaltensweisen. Aber selbst dann: die Politisierung des Gefühls z. B. ist keine klassische linke Eigenart.

Basisdemokratischer Transport von Lebensgefühl

Doch nicht erst hier zeigt sich, daß die Grünen in kein traditionelles Schema passen, sondern eine *Partei eigener, neuer Prägung* sind, nicht von den politischen Inhalten her, sondern durch ihr Verständnis von Politik und ihren politischen Stil. Welche Bedeutung das hat, wird bereits ersichtlich aus der (überwiegenden) Herkunft der Grünen bzw. ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus.

Trotz starken Zuzugs vor allem von jugendlichen Beschäftigungslosen (nach *Hans Joachim Veen* von der Konrad-Adenauer-Stiftung – vgl. FAZ vom 3. 9. 84 – würden

gegenwärtig fast 40 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen unter 21 grün wählen) *stammen* die Wähler der Grünen ganz überwiegend aus der Mittel- und Oberschicht, speziell aus dem *zeitgenössischen Bildungsbürgertum*. Nach Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung hat fast jeder zweite Grünen-Wähler Abitur oder einen Hochschulabschluß. Der Anteil der noch nicht Berufstätigen, hauptsächlich Studenten und Oberschüler, liegt in der Wählerschaft der Grünen bei 36 Prozent bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur 9 Prozent, während der Anteil der Rentner und Hausfrauen (40 Prozent der Gesamtbevölkerung) unter den grünen Wählern nur mit geringen 16 Prozent vertreten ist.

Obwohl mit der *Ausbildung einer Stammwählerschaft* der Anteil der Jungwähler an der grünen Wählerschaft insgesamt zurückgeht, ist diese vor allem durch *drei Merkmale* gekennzeichnet: sie ist bildungsbürgerlich, sie ist jung, und sie ist wenig ins Beschäftigungssystem integriert.

Die grüne Wählerschaft kommt also *überwiegend aus der jungen Generation des Bildungsbürgertums* – mit traditionellem oder neuförmigem kleinbürgerlichem Zuschnitt. Die Wähler (oder die Eltern der heutigen Grünen-Wähler) haben früher überwiegend – im sozialliberalen Sinne – SPD gewählt. Sie haben sich seit dem Niedergang der sozialliberalen Koalition von der SPD abgewandt und in den Grünen die ihrem Zeitgefühl und Lebensstil entsprechende politische Bewegung gefunden, haben als Jungwähler für sie gestimmt und bleiben nun, wie der hohe Grünen-Anteil unter den 25- bis 35jährigen zeigt, als Stammwähler bei ihnen. Die meisten sind beruflich wenig gefordert oder sind im öffentlichen Dienst tätig. Sie sind gekennzeichnet: durch geringen Zwang zum Existenzkampf, durch eine hedonistische Lebenseinstellung, durch emotionales Betroffensein von persönlichen Wohlsein und Sicherheit gefährdenden technologischen Entwicklungen, durch hohe politische Sensibilität und Artikulationsfähigkeit, durch viel Freizeit und eine ausgeprägte Distanz zum Wirtschaftsleben.

Die Partei der Grünen selbst verkörpert diese Schicht auf zweierlei Weise: Sie transportiert „basisdemokratisch“ das Lebensgefühl dieses Milieus und dieser Generation in die Politik (legeres Auftreten, größtmögliche Unabhängigkeit, Lebensgestaltung möglichst unbeeinflusst von Großinstitutionen, basisdemokratische und basisökonomische Experimente). Und sie *macht* aus diesem Lebensgefühl Politik, d. h., sie überträgt vorwiegend Kategorien des persönlichen Erlebens und des Betroffenseins auf politische Prozeduren und Ordnungen. Politik soll *den persönlichen Lebensraum erweitern und abstützen* und die Lebensgrundlagen für ein Leben möglichst freier Wahl sichern. Dem sind alle anderen politischen Themen – außenpolitische, wirtschaftspolitische, verfassungspolitische, rechtspolitische – zuzuordnen. Die politische Institutionenordnung ist in diesem Rahmen nicht nur kein Selbstzweck, sondern hat vornehmlich und unmittelbar der Realisierung existentieller Bedürfnisse zur Verfügung zu sein. Deshalb ist der Umgang mit ihr so leger wie der mit der Kleiderordnung. Gerade weil das Bedürfnis nach

Solidarität und Gerechtigkeit unmittelbar und groß ist, aber auch sehr subjektiv-emotional gemessen wird, ergeben Institutionen außerhalb des Erlebten oder Erlebbar wenig Sinn, sind existenzfeindlich, auf jeden Fall hinderlich. Deswegen, und nicht nur um Großbürokratien gegenzusteuern, die Rückkehr bei Produktion und (politischer) Organisation in den überschaubaren Raum.

Was auf jeden Fall vermittelt werden muß

Dies ist im Kern das Phänomen Grüne. Seine Bedeutung liegt letztlich in einem Generationengefälle. Bruch wäre zuviel gesagt. Es ist nicht so, daß *die* seit den sechziger Jahren nachwachsende, von Kriegs- und Nachkriegszeit nicht mehr berührte Generation grün wählt. Aber was die Grünen als Repräsentanten dieser Generation an Politik umsetzen, kommt nicht aus Randzonen dieser Generation, sondern ist *ibr* Lebensgefühl und *ibr* Politikverständnis. Deswegen müßte die Auseinandersetzung – und hier hätten auch kirchliche Verbände und Gremien eine Aufgabe – um das, was grüne Politik als Politik darstellt und insoweit sie das Verhältnis von Staat, Gesellschaft, Gemeinschaft und Individuum betrifft, viel stärker als bisher im *vorpolitischen* Raum stattfinden. Dabei muß ganz selbstverständlich davon ausgegangen werden – auch Parteien werden dies, wenn sie mehrheitsfähig bleiben wollen, tun müssen –, daß eine Generation, für die politische Freiheit selbstverständlich ist und die nur demokratische Verhältnisse erlebt hat, ihre Kritik vorwiegend auf diese selbst richtet und grundlegende politische Fragen – nach dem nationalen Selbstverständnis, nach dem Verhältnis von Partizipation und Repräsentation in Staat und Gesellschaft, nach Sicherheit und Frieden, nach einem neuen Gleichgewicht von Ökonomie, Technik und Umwelt – anders und neu stellt und darauf auch neue, vielfach falsche, aber nie ganz abzuweisende Antworten gibt.

Zu vermitteln aber sind in dieser Auseinandersetzung vor allem drei Dinge. Erstens, daß auch Demokratien nie dagegen gefeit sind, ihre Freiheitlichkeit zu verlieren, und zwar nicht nur durch bürokratische Einschränkungen, gegen die kollektive Abwehr möglich ist, sondern durch Überziehung, gegen die sich zu wehren oft weniger leicht ist, weil man ja meint, gerade im Sinne freiheitlicherer Verhältnisse zu agieren. Zweitens, daß gesellschaftliche „Ressourcen“ auf ihre Weise genauso erschöpflich sind wie wirtschaftliche, was heißt, daß staatliche und gesellschaftliche Institutionen nicht beliebig nach subjektiven, „existentiellen“ Bedürfnissen veränderbar oder austauschbar sind, daß deshalb die Durchsetzung und Bewahrung politisch-demokratischer Freiheiten auch an bestimmte Verfahrensweisen gebunden und daß deswegen auch diese nicht beliebig verschoben oder ausgewechselt werden können. Konkret, daß ein *in allen seinen Organen und Arbeitsweisen funktionierender Parlamentarismus* notwendige Voraussetzung für eine stabile Demokratie ist. Drittens, daß es sowohl zum Prinzip der Mehrheitsentscheidungen wie auch zum staatlichen Gewaltmonopol keine *demokratische* Alternative gibt.

David Seeber